

Egmatinger Gemeindemitteilungen

Nr. 1/93 · März 1993

Herausgeber: **Gemeinde Egmating** · Verantwortlich für den Inhalt: I. Bürgermeister Rudolf Heiler

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vor rund sechs Wochen habe ich im **Gemeinderat** nachfolgenden **Jahresvorschaubericht** abgegeben, den ich Ihnen zur Kenntnis geben möchte:

„Vor 19 Tagen ist ein Jahr zu Ende gegangen, das von entscheidenden Weichenstellungen für die künftige Entwicklung unserer Gemeinde begleitet war. Ich habe mehrmals gegenüber der Bürgerschaft darüber berichtet. Da ich mich mehr den Kommunalpolitikern zugehörig fühle, die der Bewältigung der Zukunft mehr Bedeutung beimessen als über Vergangenes zu „berichten“, will ich mich heute mehr auf das vor uns liegende Jahr konzentrieren. Trotzdem nur ein Satz: das Jahr 1992 war erfolgreich. Auf die Ergebnisse des Jahres 1992 können und werden wir aufbauen.“

Natürlich bedarf es bei einer Betrachtung und eines Vergleiches des Jahres 1992 mit den möglicherweise 1993 eintretenden Veränderungen besonderer Hinweise zu den künftigen **Rahmenbedingungen**:

- ab dem 1. 1. gibt es erstmals einen verwirklichten und lange diskutierten „Gemeinsamen Markt“ - den europäischen Binnenmarkt. Sie meinen vielleicht, was rührt uns in Egmating die **EG**? Ich muß dem klar und deutlich **widersprechen** und möchte dies an nur einem Beispiel deutlich machen. Wenn in den nächsten Jahren in unserem Abwasserzweckverband München-Ost, dem wir ja seit gut einem Jahr angehören, die Kläranlage (neben der ohnehin vorgesehenen Erweiterung auf 225000 EWG) mit erheblich teurem Aufwand mehrere zusätzliche Reinigungsstufen verwirklicht werden müssen, dann ist dies auf EG-Normen zurückzuführen. Die hieraus resultierenden höheren Herstellungsbeiträge und Abwassergebühren über den nicht gedeckten Aufwand hinaus, zahlen wir Bürger und Anschlußnehmer;
- daneben zählen vor allem auch: **die Steuerharmonisierung** (erster Schritt: Umsatzsteuer I. I. 1993). Die Frage sei erlaubt: was wird aus der Gewerbesteuer, die ja nur in wenigen EG-Ländern existiert und den Kommunen zugute kommt. Was sind weitere Betroffenheiten? Das kommunale Wahlrecht für EG-Ausländer, **Umweltvorschriften der EG** für Trinkwasser. Die Verlagerung der **Beihilfe-Befugnisse** nach Brüssel, wo nun die Kriterien für die Fördergebiete festgelegt werden, wird den Handlungsspielraum Bonns und Münchens einengen und das flache Land beeinträchtigen - ob positiv oder negativ, wird sich erst zeigen;
- unzweifelhaft ist für die so übermächtige EG-Kommission die **kommunale Selbstverwaltung** unbedeutend und wird dort als zentralitätshemmend angesehen. Ein „Mehr“ an Zentralstaatlichkeit und eine Dezimierung der Zuständigkeit der Gemeinden und des ländlichen Raums führt zwangsläufig zu einer Einengung der liebgewonnenen Freiheit und Liberalität unserer Bürgerinnen und Bürger; von dem zuschnürenden Korsett unserer kommunalen Selbstverwaltung für uns in der Kommunalpolitik Tätigen mal ganz geschweige.

Eine weitere Veränderung der Rahmenbedingungen scheint mir durch die noch ungelösten aber ganz sicher lösbaren Probleme **finanzpolitischer Art** bei der Vollendung der deutschen Einheit ausgelöst zu sein:

- **hoher Kapitalbedarf** in den neuen Bundesländern führt unweigerlich zu Finanzierungsproblemen, die uns sattsam bekannt sind. Die Mark, die wir in der Gemeinde oder zuhause ausgeben, kann eben nur einmal ausgegeben werden. Dies trifft auch auf den Bund zu. Neben Abgaben- und Steuererhöhungen, wird es zu **Ausgabenkürzungen im innerstaatlichen Bereich** kommen. Hier sind die Gemeinden inbegriffen. Zuschüsse werden gekürzt auf das nötigste Maß oder gar vorübergehend ausgesetzt.

Wie wirkt sich das für uns in Egming aus?

Für ein „**Haus der Gemeinde**“, das wir ja verwirklichen wollen, wäre ich 1993 nicht in die Lage versetzt, einen geordneten Finanzierungsplan vorzulegen, weil ich nicht weiß, wann und in welcher Höhe staatliche Zuschüsse fließen können. Eine höhere Verschuldung ist kontraproduktiv und – bei hohen Zinsen – kaum verkraftbar. In dieser Zeit der Mittelknappheit ist Sparen oberstes Gebot und vernünftiges Haushalten im wahrsten Sinne des Wortes 1. Hausaufgabe. Der Haushalt 1993, den wir vermutlich im März besprechen und beschließen, wird dies – deutlicher als in den Jahren zuvor – zeigen.

Wir müssen uns vor Augen halten, daß wir im nächsten Jahr zwischen DM 220.000 und 240.000 mehr an **Kreisumlage** an den Landkreis zahlen müssen. Natürlich im wesentlichen wegen einer höheren Steuerkraft im Jahr 1991. Sie ist in unserer Gemeinde um 27% gestiegen - die zweitbeste Zuwachsrate im Landkreis (deutlich verbessertes Gewerbesteueraufkommen). Durch die Automatik des staatlichen Finanzausgleichs geben wir jedoch wieder 55% an den Staat inform von gekürzten Schlüsselzuweisungen „zurück“ (Mindereinnahmen ca. DM 125.000). Andererseits muß der Landkreis seine Verpflichtungen beim Bezirk erfüllen, deren spürbare Erhöhung vor allem aufgrund der hohen Pflegekosten zum Ausdruck kommt. Deshalb ist die Einführung der **Pflegeversicherung 1996/97** viel **zu spät**. Die Kosten im Kranken- und Pflegebereich werden 1994 und 1995 noch drastischer ansteigen.

Daneben werden durch den Kreis und dann letztlich durch uns die Gastschulbeiträge finanziert. Auch sie wurden kräftig erhöht. Als Randgemeinde und in unmittelbarer Nähe zur Landeshauptstadt trifft dies besonders auf uns zu. Nichtzuletzt verlagert der Staat – erfolgreich – Aufgaben auf die „unteren Ebenen“, ohne für einen angemessenen Ausgleich zu sorgen.

Gewiß werden wir von den zurückliegenden guten Jahren florierender Wirtschaft zehren können – auch in unserer Gemeinde. Die Wirtschaftskraft zeigt sich bekanntlich nicht nur in der Beschäftigungszahl, sondern auch in dem Zufluß der **Gewerbsteuer** – die letzten Gewerbesteuermeßzahlen mit resultierenden Nachzahlungen beweisen dies, wenngleich ein Abspecken durch die Steuerreform 1993 mit Auswirkungen schon ab heuer zu sehen ist. Auch hier nur ein Beispiel: die Steuerentlastung der gewerbesteuerzahlenden Betriebe ist vor allem vor dem Hintergrund des Investitionsanreizes für Betriebe zu sehen; d.h., die Steuerreduzierung soll wieder für zusätzliche Investitionen genützt werden. Wenn ein gewerbesteuerzahlender Betrieb beispielsweise anstatt DM 30.000 künftig rund DM 18.000 zahlt, frage ich mich, welche tiefgreifenden Investitionen er hieraus tätigen kann - auch in der Summierung auf 3-5 Jahre. Für die Gemeinde bedeutet dies letztlich einen effektiven Ausfall. Hochgerechnet und unter'm Strich ist heuer mit **Mindereinnahmen von rund 60.000 DM** zu rechnen. Ein Betrag, der so hoch ist, wie für den Personalkostenanteil des Kindergartens durch die Gemeinde zu zahlen ist. Vielleicht macht dieses exemplarische Beispiel auch deutlich, warum ein Gewerbegebiet für unsere Gemeinde – neben der Verbesserung der Infrastruktur **einzigartige Bedeutung** hat.

Für 1993 gilt es in Egming, abgesehen von der Bewältigung finanzpolitischer Probleme folgende Ziele zu realisieren:

1. Eröffnung des Flächennutzungsplanverfahrens, inbegriffen mit einem zu formulierenden „Leitbild“, das ich in den Bürgerversammlungen 1991 und 1992 deutlich angesprochen habe, was auch heißt: Suche des individuellen „Egmingener Weges“, Beibehaltung des ländlichen Charakters, infrastrukturelle Verbesserungen im Versorgungsreich, behutsame ökologisch ausgerichtete Baulandpolitik. Initiatives Wirtschaftskonzept.
2. Ausschöpfung aller baurechtlichen Möglichkeiten, das „Bauland für Einheimische“ zu forcieren, um möglichst bald vielen in Egming eine bleibende Heimat zu geben.
3. Abschließende Maßnahmen im Versuch, das Verkehrskonzept umzusetzen; allerdings im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel und unter Berücksichtigung des vorgegebenen Rechtsrahmens.
4. Aufarbeitung unserer Kultur und Geschichte im Zusammenhang mit dem 1200-jährigen Bestehen 1994 und zwar nicht isoliert nach dem Motto: Gemeinderat und Bürgermeister stellen den Bürger/innen etwas vor – sondern nach der Methode: Wir, die Gemeinde Egming – von der Vergangenheit bis zur Gegenwart.

5. Wir müssen m. E. Aufgaben bewerkstelligen, um das **Abfall- und Wertstoffaufkommen** in den Griff zu bekommen – gerade auch im Zusammenhang mit den Erfordernissen nach dem Vertrag des Landkreises mit dem Dualen System. Ich sehe hier Handlungsbedarf, den Wertstoffhof personell zu verstärken mit einem Mehr an Öffnungszeiten und einer Erweiterung; Verdichtung der Wertstoffinseln um einen weiteren Standort.
6. Bis Mai d. J. soll die Renovierung der gemeindlichen Wohnung im Rathaus/Schule abgeschlossen sein. Kostenpunkt geschätzt rund DM 150.000,-.
7. Im Wasserversorgungsbereich stehen uns als unerledigte Aufgabe des letzten Jahres ebenfalls gewisse Investitionen ins Haus, die es zu finanzieren gilt.

Die Liste ist natürlich nicht vollständig. Alles in allem gesehen, sind größere Investitionen nicht geplant. Wir werden so viel wie möglich **ersparte Gelder in die Rücklagen** geben, damit wir „Kraft“ für die Zukunft haben. Bedenken wir, daß wir im vergangenen Jahr für den Einstieg in die Abwasserentsorgung über DM 1.236.000 ausgegeben haben; davon allein über DM 400.000 aus dem laufenden Haushalt frei finanziert haben: eine beachtliche Leistung für eine relativ kleine Gemeinde.

Mir ist bewußt, daß wir den Bürgerinnen und Bürgern mit höheren Grundsteuern, neuen Abfallgebühren, die wir hoffentlich möglichst bald wieder nach „unten“ korrigieren können, höheren Wassergebühren und einer Konzessionsabgabe außerordentlich viel abfordern. Wir wissen jedoch um die unausweichliche Berechtigung dieser Maßnahmen, wie ich es in der letzten Bürgerversammlung deutlich gemacht habe. All das ist jedoch ein Maximum. Unseren Bürgern haben wir mit unseren Entscheidungen viel auferlegt. Umgekehrt sind wir verpflichtet, darüber Rechenschaft abzulegen.

All das ist mit **Umsetzungsproblemen** behaftet und ergibt in der einen oder anderen Form **Wechselbeziehungen**.

Als Bürgermeister bin ich von Amts wegen verpflichtet, das Geld der Gemeinde zu verwalten, d.h. im besonderen sparsam umzugehen. Ich habe dabei gesetzliche Schranken und Gegebenheiten zu beachten, die für manchen Bürger vielleicht schmerzlich sind oder daß man nicht das erfüllen kann, was er sich verspricht oder erhofft. Dies kann da und dort zu Mißstimmigkeiten führen, die ich jedoch – sachlich und rechtlich bedingt – nicht ausschließen kann und die letztlich die Erfüllung und die Ausübung eines kommunalen Amtes in unserem **Rechtsstaat** mit sich bringt. In konsequenter Folge hieraus versuche ich dies so auszuführen, wie es rechtens und weitestgehend gerecht gemacht werden kann. In Ermessensfragen, soweit es solche überhaupt noch gibt, also in Angelegenheiten, die sich rechtsstaatlich gesehen aus einer Abwägung verschiedener Belange ergeben, entscheidet im wesentlichen gerade auch der Gemeinderat als Organ. Das gebietet die Kommunalverfassung und die Gemeindeordnung. Mithin: demokratisch entschiedene Handlungen.

Aus diesem Grunde und in Respekt vor unserem Rechtssystem habe ich kein Verständnis, wenn demokratisch entstandene Entscheidungen zum Teil unsachliche, persönliche Angriffe nach sich ziehen. Es wäre ein guter Vorsatz zu Beginn eines Jahres, aufeinander einzugehen – Diffamierungen zu vermeiden und die Sachlichkeit in den Vordergrund zu stellen – also „**Sachkritik**“ zu üben.

Ich habe heute versucht, Ihnen das Wichtigste in einer sich ändernden Welt mit neuen Bewußtseinsformen und gewissen nicht ganz unbegründeten Verdrossenheitserscheinungen darzulegen. Ich meine: es ist zuerst nicht die große Politik gefordert – gefordert sind wir! Warum habe ich zu Beginn „europäisches“ und „Veränderungen im Allgemeinen“ mit einfließen lassen. Bei aller örtlichen Bedeutung mancher Entscheidungen innerhalb eines Aufgabenkataloges, der selbstverständlich nicht vollständig sein kann, muß stets auch der Gesamtzusammenhang – muß stets „globales“ mit berücksichtigt werden und in die sachgerechte Entscheidung mit einfließen.

Lassen wir uns das zum Vorsatz gemeinsamen Handelns machen und beginnen, nicht „kleinzellig“ zu denken und zu entscheiden. Dann werden wir vieles schaffen.

gez.

R. Heiler

1. Bürgermeister“

– BITTE BEACHTEN – WICHTIGE HINWEISE –

Änderung der Kanzleistunden in Egmating!

Aus organisatorischen und personellen Gründen (im Zusammenhang mit der Arbeitseinteilung innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft Glonn) muß der bislang donnerstags stattfindende Kanzleitag in Egmating **ab Mai 1993** auf jeweils **Mittwoch** verschoben werden.

Die Sprechstunden von 14.00 - 18.00 Uhr bleiben unverändert.

Somit findet der Kanzleitag **mittwochs** zum ersten Mal am **5. Mai 1993** statt (fortlaufend jede Woche).

Sperrmüll

Wie Ihnen schon mitgeteilt, erfolgt erstmals im Frühjahr '93 die Sperrmüll-Entsorgung im „Bring-System“.

Termin: **Freitag, 19. März von 13.00 - 17.00 Uhr**
Samstag, 20. März von 9.00 - 12.00 Uhr

Sammelort: **Bauhof Egmating, Münchner Str. 38**

Wir bitten Sie, Ihren Sperrmüll **nur** zu diesen angegebenen Zeiten abzuliefern. Ebenso bitten wir, **keinen Problemmüll** und **keine Kühlschränke** abzustellen.

Erfassung des Verpackungsmaterials aufgrund Vertrag Landkreis und DSD

Wie uns der Landkreis mitteilte, erfolgt die Erfassung des „Grüne-Punkt-Materials“ voraussichtlich **noch im März 1993**. Sie erhalten hierzu gesondert Mitteilung.

Wir weisen jetzt schon darauf hin, daß der Wertstoffhof dann folgende Öffnungszeiten (etwa März 1993) haben wird:

Freitag von 13.00 - 17.00 Uhr
Samstag von 9.00 - 12.00 Uhr

Bauland für Einheimische in der Gemeinde Egmating

In der nächsten Ausgabe der „Egmatinger Gemeindemitteilungen“ erfahren Sie die neuesten Erkenntnisse und Informationen. Es ist beabsichtigt, schon in diesem Monat den Beschluß über die Aufstellung eines Bebauungsplanes zu fassen.